

IM BLICKPUNKT

ARBEITSKÄMPFE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH - TRENDS UND EINFLUSSFAKTOREN

Ein internationaler Arbeitskämpfvergleich weist Deutschland als ein Land mit relativ wenig Arbeitskonflikten aus. Im jährlichen Durchschnitt des Beobachtungszeitraums 1970/99 gingen auf 1.000 Beschäftigte gerechnet 30 Arbeitstage durch Streiks oder Aussperrungen verloren. Weniger Ausfalltage gab es in den Niederlanden, Österreich und der Schweiz. Den Negativrekord hält mit 879 Ausfalltagen Island. In den meisten der 22 hier beobachteten Länder sind die Arbeitskämpfe seit 1970 stetig zurückgegangen. In Deutschland lag das Arbeitskämpfvolumen der 90er-Jahre um 77 Prozent unter dem Niveau der 70er-Jahre. Noch deutlicher fielen die Rückgänge in den USA und Großbritannien aus. Die sinkende Streikhäufigkeit ist im Wesentlichen auf den Strukturwandel in Richtung des streikresistenteren Dienstleistungssektors, auf die Erfolge bei der Inflationsbekämpfung und teilweise auch auf den sinkenden gewerkschaftlichen Organisationsgrad zurückzuführen. Allerdings werden die Arbeitskämpfaktivitäten auch durch soziale und politische Ziele der Gewerkschaften geprägt. Der Rückgang der streikbedingten Arbeitszeitverluste hat jedoch die individuelle Streikbereitschaft nicht vermindert: Die Zahl der Arbeitstage, die ein Arbeitnehmer in einen Streik „investiert“, war am Ende der 90er-Jahre nicht geringer als 20 Jahre zuvor.

iw-trends

In den 90er-Jahren ging durch Arbeitskämpfe wesentlich weniger Arbeitszeit verloren als in den voraufgegangenen Dekaden. Das trifft nicht nur für Deutschland zu, sondern für fast alle westlichen Industriestaaten. Dies könnte auf das Entstehen einer neuen Kultur der Sozialpartnerschaft, also auf eine entideologisierte Tarifpolitik, zurückgeführt werden. Denkbar ist allerdings auch, dass dieser empirische Befund ein unausweichliches Anpassen an ökonomische Sachzwänge widerspiegelt. Im ersten Fall verlören Streiks als Mittel eines sachgerechten Interessenausgleichs zwischen den Tarifparteien an Bedeutung, weil sich deren Interessenlagen angenähert haben. Im zweiten Fall würden die tarifpolitischen Interessenkonflikte durch übergeordnete ökonomische und politische Gegebenheiten überlagert. In

Fragestellung

dieser Dokumentation soll nach Gründen für die verminderten Arbeitskämpfe gesucht werden. Hierbei werden sowohl makroökonomische als auch politisch-institutionelle Ursachen betrachtet.

Datenlage

Zuvor sollen allerdings die Arbeitskämpfe und ihre Entwicklungstrends im Beobachtungszeitraum 1970/99 nachgezeichnet werden. Diese Bestandsaufnahme basiert im Wesentlichen auf die Arbeitskampfstatistik des International Labor Office (ILO), die sich auf statistische Berichte nationaler Arbeitsämter stützt. Die ILO-Statistik informiert über drei Dimensionen von Arbeitskämpfen:

- die Zahl der Streiks oder Aussperrungen,
- die Zahl der daran beteiligten Arbeitnehmer,
- die Zahl der dadurch ausgefallenen Arbeitstage.

Internationale Streikvergleiche werden vor allem durch unterschiedliche Erhebungs- und Abgrenzungsverfahren erschwert (ILO, 1993; Aligisakis, 1997, 76 f.; Davies, 2001, 201). In Deutschland stützt sich die Arbeitskampfstatistik auf schriftliche Anzeigen der Arbeitgeber an das zuständige Arbeitsamt. Dabei werden nur die Arbeitsstreitigkeiten berücksichtigt, an denen mindestens zehn Arbeitnehmer beteiligt waren und die mindestens einen Tag dauerten oder durch die mehr als 100 Arbeitstage verloren gingen. Mit dieser Limitierung sollen unbedeutende Bagatellstreiks ausgeklammert werden. Doch dieser Filter wird mit steigenden Schwellenwerten zunehmend problematisch (Gärtner, 1989, 10). In den USA liegt die Untergrenze für die statistische Erfassung bei 1.000 Ausfalltagen. Es wird vermutet, dass die amtliche Statistik aufgrund dieses hohen Schwellenwertes die tatsächlich durch Arbeitskämpfe verlorenen Arbeitstage um mindestens 30 Prozent unterschätzt (Schnabel, 1995, 45).

Außerdem haben einige Länder im Beobachtungszeitraum ihre Erhebungspraxis zum Teil mehrmals verändert. Das trifft beispielsweise für Frankreich zu, das deshalb bei zwei Arbeitsmarktindikatoren nicht berücksichtigt werden kann.

Vor dem Hintergrund dieser Messprobleme darf die statistische Bestandsaufnahme keinesfalls als punktgenaues Ausloten verstanden werden.

Sie kann nicht mehr als eine grobe Orientierung sein und damit einen „nützlichen Eindruck“ (Schnabel, 1998, 7) von der Streikanfälligkeit der beobachteten Länder vermitteln.

Die Bestandsaufnahme stützt sich auf drei Indikatoren:

- Das Arbeitskampfvolumen, das die durch Arbeitskämpfe verlorenen Arbeitstage erfasst.
- Die Streikbeteiligung setzt die an den Arbeitskämpfen teilnehmenden Arbeitnehmer zur Zahl der Arbeitskämpfe in Beziehung.
- Die Streikentschlossenheit, die dokumentiert, wie lange sich ein Arbeitnehmer an einem Streik beteiligt. Sie setzt die durch Arbeitskämpfe ausgefallenen Arbeitstage zu den an ihnen beteiligten Arbeitnehmern in Beziehung.

Zunächst wird das Augenmerk auf das Arbeitskampfvolumen gerichtet. Für internationale Vergleiche ist die absolute Zahl der Arbeitszeitverluste wenig geeignet, da in Volkswirtschaften mit großen Beschäftigtenzahlen in der Regel mehr Ausfalltage anfallen als in kleineren Ländern. Deshalb wurden die Ausfalltage auf die Zahl der abhängig Beschäftigten der jeweiligen Volkswirtschaft bezogen.

Schaubild 1 informiert über das Arbeitskampfvolumen im jährlichen Durchschnitt des Beobachtungszeitraums 1970/99. An der Spitze dieses internationalen Rankings steht Island, wo im Periodendurchschnitt und auf 1.000 Beschäftigte normiert 879 Arbeitstage durch Streiks oder Aussperrungen verloren gegangen sind. Mit relativ geringem Abstand folgen auf den weiteren Plätzen die drei Mittelmeer-Anrainer Italien, Griechenland und Spanien. Deren ungünstige Position wird dadurch erklärt, dass dort Streiks häufig Mittel des politischen Protests sind (Aligisakis, 1997, 91 f.). Im breit abgesteckten Mittelfeld dominieren die angelsächsischen Volkswirtschaften. Die Gruppe mit den geringsten Arbeitsausfällen wird dagegen von kontinental-europäischen Ländern angeführt. Am wenigsten wird in der Schweiz und in Österreich gestreikt. Deutschland liegt nahezu gleichauf mit den Niederlanden auf Platz vier. Japan gehört mit 46 Ausfalltagen je 1.000 Arbeitnehmer

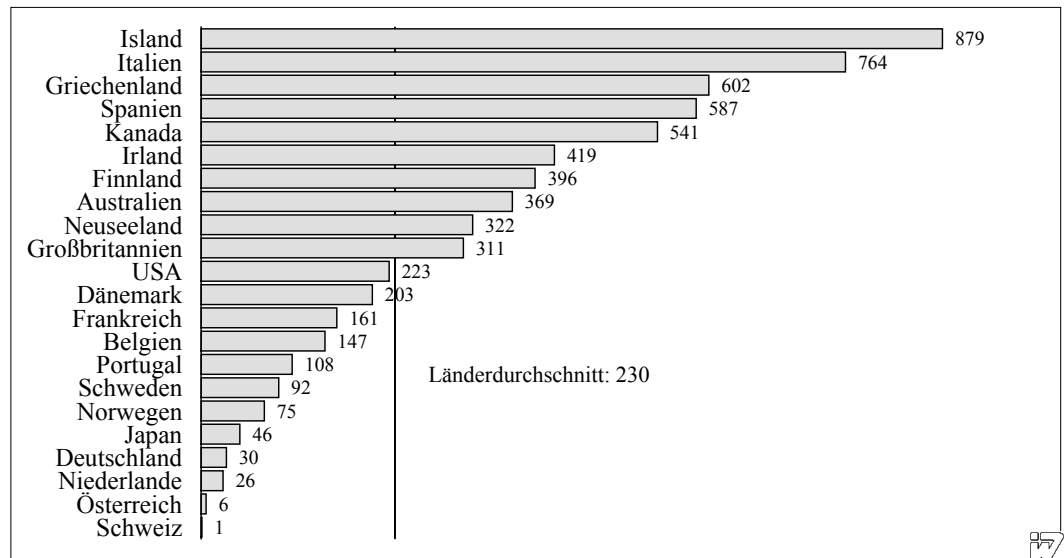
Arbeitskampfvolumen

als einziges außereuropäisches Industrieland ebenfalls zur Gruppe der streikarmen Volkswirtschaften.

Schaubild 1:

Arbeitskampfvolumen 1970/99

- Durch Arbeitskämpfe verlorene Arbeitstage je 1.000 Beschäftigte, Jahresdurchschnitte -



Griechenland und Portugal: 1980/98. Belgien: lückenhafte Datenreihe.

Quelle: ILO; EIRO; Eurostat; OECD, nationale Statistiken; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

*Streikbedingter
Arbeitsausfall sinkt*

Unterteilt man den gesamten Beobachtungszeitraum in drei Teilperioden, wird erkennbar, dass sich im Zeitablauf an diesem Befund nur wenig geändert hat. Vor allem Italien, Japan, die USA und Großbritannien schnitten in den 90er-Jahren deutlich besser ab als in den 70er-Jahren, Norwegen und Schweden hingegen schlechter. Der wichtigere Befund von Tabelle 1 ist aber, dass sich in den meisten der 22 hier beobachteten Länder die arbeitskampfbedingten Arbeitsausfälle seit 1970 verringert haben.

Im Länderdurchschnitt gingen in den 70er-Jahren noch 448 Arbeitstage je 1.000 Beschäftigte verloren, in den 80er-Jahren waren es 183 Tage und in den 90er-Jahren nur noch 59 Tage. In 16 Ländern ist ein kontinuierlicher Rückgang des Arbeitskampfvolumens zu beobachten. Hierzu gehört auch Deutschland, wo das Arbeitskampfvolumen in den 90er-Jahren um 77 Prozent unter dem Niveau der 70er-Jahre lag.

In sechs Ländern zeigt das Arbeitskampfvolumen einen un stetigen Verlauf. Zu ihnen zählen auch die traditionell streikarmen Volkswirtschaften

Schweiz und Österreich. Wegen des niedrigen Ausgangsniveaus sind für diese beiden Länder keine eindeutigen Tendaussagen möglich. Für die Mehrheit dieser Gruppe gilt jedenfalls, dass es in den 90er-Jahren weniger Streikausfälle gab als in den 70er-Jahren. Nur in den beiden Ländern Schweden und Norwegen gab es in der dritten Teilperiode mehr Streikausfälle als in der ersten.

Tabelle 1:

Arbeitskampfvolumen

- Jahresdurchschnittlich durch Arbeitskämpfe verlorene Arbeitstage -

	1970/79	1980/89	1990/99	1980/89	1990/99
	Anzahl je 1.000 Beschäftigte			1970/79 = 100	
Länder mit stetig sinkendem Arbeitskampfvolumen					
Italien	1.511	623	158	41,2	10,5
Island	1.401	873	363	62,3	25,9
Kanada	894	542	219	60,6	24,5
Spanien	792	646	324	81,6	40,9
Irland	758	380	119	50,1	15,7
Australien	634	351	123	55,4	19,4
Finnland	613	408	168	66,6	27,4
Großbritannien	569	332	29	58,3	5,1
USA	507	123	41	24,3	8,1
Frankreich	286	119	77	41,6	26,9
Belgien	275	66 ¹⁾	41 ²⁾	24,0	14,9
Dänemark	261	178	170	68,2	65,1
Japan	124	10	3	8,1	2,4
Deutschland ³⁾	52	27	12	51,9	23,1
Griechenland	-	753	300 ²⁾		
Portugal	-	158	40 ²⁾		
Länder mit unstetigem Verlauf des Arbeitskampfvolumens					
Neuseeland	373	528	65	141,6	17,4
Schweden	46	182	50	395,7	108,7
Norwegen	45	99	81	220,0	180,0
Niederlande	40	15	22	37,5	55,0
Österreich	11	2	4	18,2	36,4
Schweiz	2	0	2	0,0	100,0
Alle Länder ⁴⁾	448	183	59	40,8	13,2

1) 1990/98. 2) Datenlücken. 3) Bis 1992 Westdeutschland. 4) Soweit Daten verfügbar.

Quelle: ILO; EIRO; Eurostat; nationale Quellen; OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Streikbeteiligung

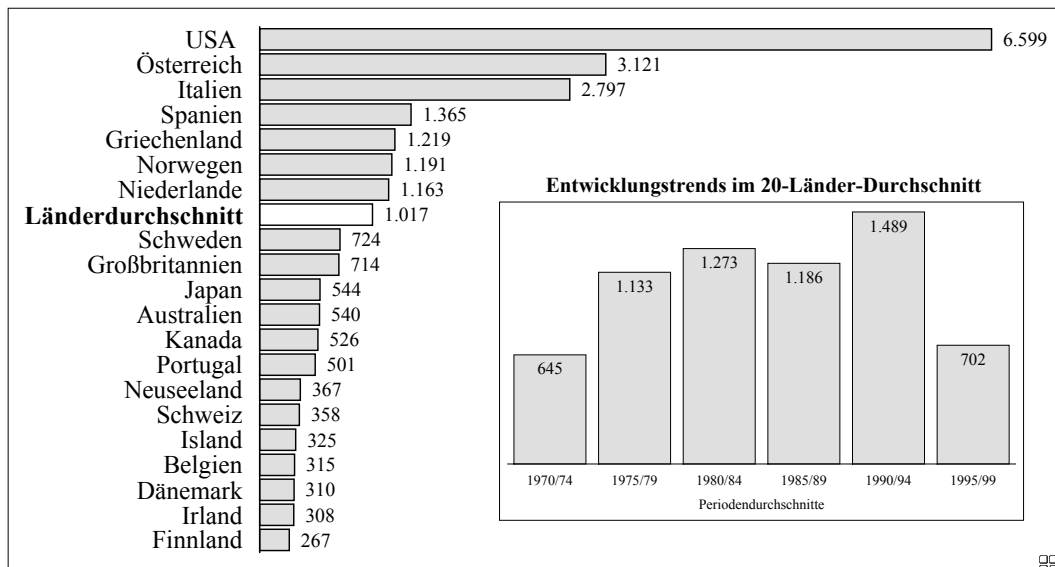
Als zweiter Indikator wird die Streikbeteiligung betrachtet. Für vier Länder (USA, Österreich, Griechenland und Portugal) ist dies erst ab 1980 möglich. Da in Deutschland die Zahl der Arbeitskämpfe nicht erfasst wird, kann es bei diesem Indikator nicht berücksichtigt werden. Auch Frankreich muss aus statistischen Gründen ausgeklammert werden.

Das international vergleichende Ranking rückt die USA hierbei eindeutig an die erste Position. Dort waren in der Periode 1980/99 an jedem Streik durchschnittlich 6.600 Arbeitnehmer beteiligt (Schaubild 2). Hierbei muss allerdings beachtet werden, dass es sich bei der Streikbeteiligung um eine absolute Größe handelt. Rückschlüsse, inwieweit das Arbeitskräftepotenzial mobilisiert worden ist, können daraus nicht gezogen werden. Erstaunlich ist, dass an zweiter Stelle mit Österreich eine vergleichsweise kleine Volkswirtschaft mit traditionell wenig Arbeitskämpfen steht. Hier wurden pro Streik im statistischen Durchschnitt über 3.000 Arbeitnehmer gezählt. Zu den Ländern mit überdurchschnittlicher Streikbeteiligung zählen außerdem Italien, Spanien, Griechenland, Norwegen und die Niederlande. Deutlich unter dem Durchschnitt liegen die kleineren europäischen Volkswirtschaften Finnland, Irland, Dänemark, Belgien, Island und die Schweiz.

Schaubild 2:

Streikbeteiligung 1970/99

- Je Arbeitskampf beteiligte Arbeitnehmer, Jahresdurchschnitte -



Für Deutschland und Frankreich keine, für Belgien lückenhafte Daten. Japan: 1970/98. USA und Österreich: 1980/99. Griechenland: 1980/98. Portugal: 1980/97.

Quelle: ILO; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Anders als beim Arbeitskampfvolumen lässt die Streikbeteiligung keinen eindeutigen Trend erkennen. Das gilt selbst dann, wenn man den Beobachtungszeitraum 1970/99 in kürzere Teilperioden unterteilt. In Schaubild 2 eingebildet wird dies für den Durchschnitt der 20 hier erfassbaren Länder dargestellt. In der zweiten Hälfte der 70er-Jahre hat die Streikbeteiligung sehr stark zugenommen. Die Zahl der Streikteilnehmer pro Arbeitskampf war fast doppelt so hoch wie in der ersten Hälfte der 70er-Jahre. Anschließend blieb die Streikbeteiligung zehn Jahre lang konstant. Nach dem kräftigen Anstieg zu Beginn der 90er-Jahre ging dann in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts die Streikbeteiligung fast wieder auf das in der Teilperiode 1970/74 gemessene Niveau zurück.

Uneindeutige Trends

Demnach wäre als Befund festzuhalten: Obwohl das Arbeitskampfvolumen einen Bedeutungsverlust der Arbeitskämpfe signalisiert, ist die Bereitschaft der Arbeitnehmer, sich an einem Arbeitskampf zu beteiligen, heute nicht geringer als vor 30 Jahren.

Die Streikentschlossenheit war in Nordamerika während der gesamten Beobachtungsperiode am größten (Schaubild 3). Hier streikten die Arbeitnehmer pro Arbeitskampf rund 18 (USA) beziehungsweise knapp 15 Tage (Kanada). Deutlich überdurchschnittliche Werte wurden auch in Irland und Bel-

Streikentschlossenheit

gien registriert. Deutschland liegt knapp unter dem Länderdurchschnitt. Sehr kurze Streikzeiten (ein bis zwei Tage) wurden in Österreich, Portugal, Italien und Australien gemessen.

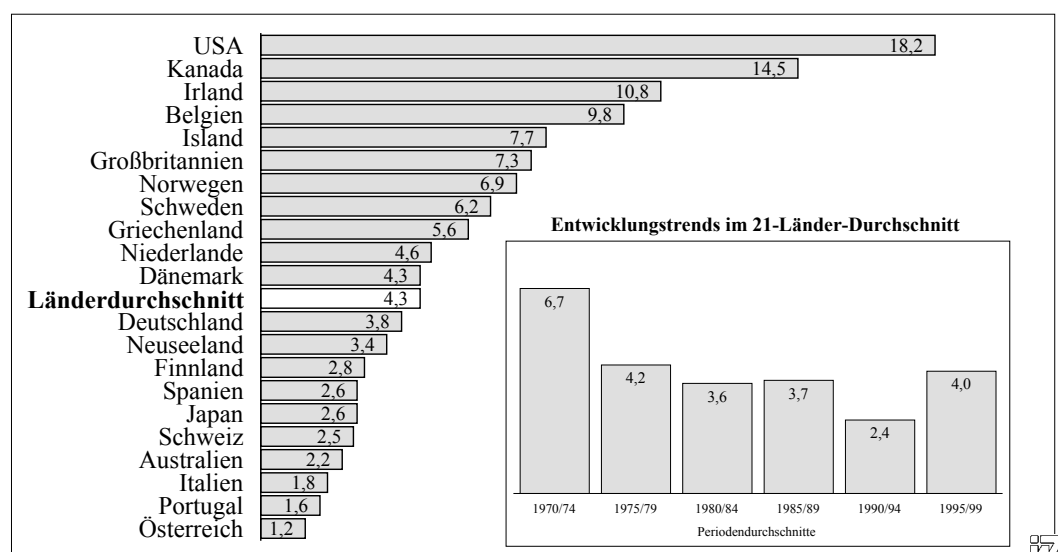
Auch hier liefert der zeitliche Verlauf keinen eindeutigen Trend. Nach der überdurchschnittlich großen Streikentschlossenheit in der ersten Hälfte der 70er-Jahre pendelte sich im Durchschnitt der 21 hier beobachteten Länder die pro Teilnehmer gemessene Streikdauer auf rund vier Tage ein. Die erste Hälfte der 90er-Jahre lieferte mit 2,4 Tagen einen Ausreißerwert.

Betrachtet man die Entwicklung detailliert nach einzelnen Ländern und schaltet dabei vereinzelte Ausreißerwerte aus, ist in vielen Ländern allerdings eine sinkende Streikentschlossenheit erkennbar. Besonders markant zeigt sich dies in Deutschland. Hier betrug die durchschnittliche Streikdauer zwischen 1970 und 1985 rund sechs Tage pro Arbeitnehmer. In der Teilperiode 1985/94 reduzierte sie sich auf rund 1,2 Tage und im Zeitraum 1995/99 waren es nur noch 0,9 Tage. Fast kontinuierlich größer geworden ist die Streikentschlossenheit lediglich in zwei Ländern, nämlich in Island und Finnland.

Schaubild 3:

Streikentschlossenheit 1970/99

- Durch Arbeitskämpfe verlorene Arbeitstage je beteiligten Arbeitnehmer, Jahresdurchschnitte -



Frankreich keine, Belgien lückenhafte Daten. Japan: 1970/98. Griechenland: 1980/98. Portugal: 1980/97.
Quelle: ILO; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Ursachenforschung Nach dieser Bestandsaufnahme soll nach den Ursachen der rückläufigen Streikhäufigkeit, gemessen am Arbeitskampfvolumen, gesucht werden. Die wissenschaftliche Literatur nennt eine ganze Reihe von Faktoren, die auf die Streiktätigkeit einwirken, beispielsweise der Strukturwandel, die Arbeitslosigkeit, die Reallöhne oder die Art der Arbeitsbeziehungen (Kaufman, 1981; Kennan, 1986; Card, 1990). Das Bündel möglicher Einflussgrößen wird in dieser Untersuchung in makroökonomische Faktoren einerseits sowie politisch-institutionelle Faktoren andererseits aufgeteilt.

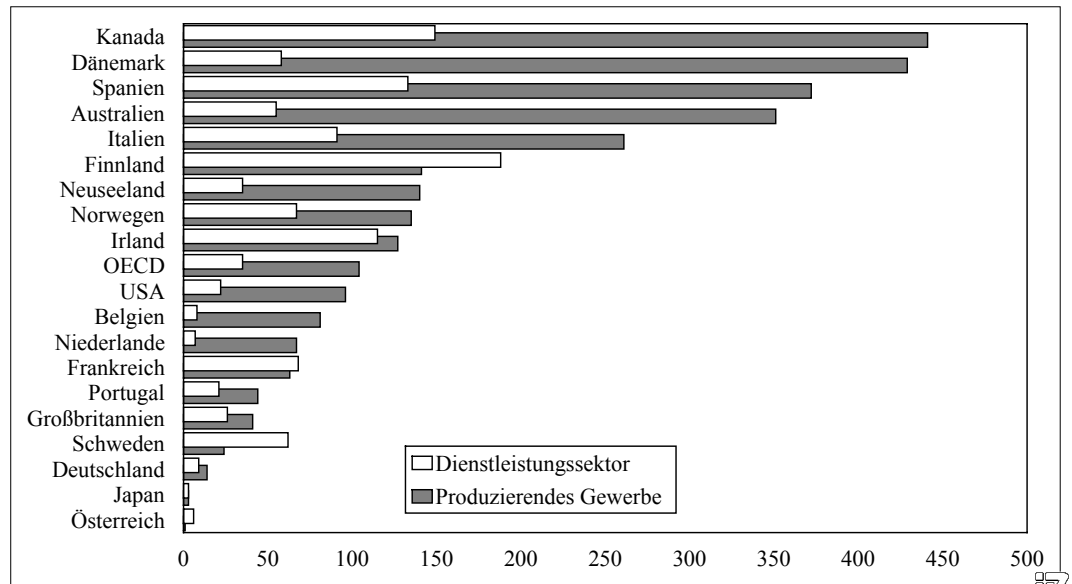
Denn es gibt offenbar ein „Makroklima“ (Gärtner, 1989, 16), in dem sich über die Wirtschaftszweige hinweg und unabhängig von den konkreten Gewerkschaftsforderungen Arbeitskämpfe ausbreiten. Dabei werden konjunkturelle Einflüsse durch soziale und politische Ziele der Gewerkschaften überlagert (Kennan, 1986, 1116; Salowsky, 1989, D-21).

Makroökonomische Faktoren, die in dieser Untersuchung beobachtet werden, sind der Strukturwandel, die Inflation und die Arbeitslosigkeit. Als politisch-institutionelle Faktoren werden die sozialen und politischen Ziele der Gewerkschaften (beispielsweise Arbeitszeitverkürzung), die am Organisationsgrad gemessene Schlagkraft der Gewerkschaften und die rechtlich-institutionelle Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen in den Blick genommen.

Schaubild 4:

Sektorenprofil des Arbeitskampfvolumens 1990/99

- Durch Arbeitskämpfe verlorene Arbeitstage je 1.000 Beschäftigte, Jahresdurchschnitte -



Quelle: Davies, 2001; Japanese Institute of Labour; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Struktureffekt

Die Ursachenanalyse beginnt mit den makroökonomischen Einflussfaktoren. Hierbei wird zunächst der Strukturwandel beobachtet. Ausgangspunkt ist der Befund, dass sich die Arbeitskämpfe auf das Produzierende Gewerbe konzentrieren. Unter den 19 in Schaubild 4 erfassten Ländern finden sich nur vier Länder, in denen es während der 90er-Jahre im Dienstleistungssektor mehr Streikausfälle gab als in der Industrie. Namentlich handelt es sich hierbei um Finnland, Frankreich, Schweden und Österreich. In Japan wurde in beiden Sektoren gleich viel gestreikt. In den übrigen 14 Ländern gingen im Produzierenden Gewerbe streikbedingt mehr Arbeitstage verloren als im Dienstleistungssektor. Hierzu zählt auch Deutschland, wo in der Industrie auf 1.000 Beschäftigte 14 Ausfalltage kommen, im Dienstleistungssektor indes nur neun.

Dieses sektorale Profil der Arbeitskämpfe ist wegen des Strukturwandels in Richtung Dienstleistungen relevant. Denn in fast allen Industrieländern ist das gesamtwirtschaftliche Gewicht des besonders streikanfälligen Industriesektors gesunken. Tabelle 2 zeigt dies an den Beschäftigungsanteilen des Produzierenden Gewerbes in acht Industrieländern. Allenthalben sind diese Anteile im Beobachtungszeitraum kleiner geworden, am stärksten mit fast

19 Prozentpunkten in Großbritannien. Am wenigsten mit 4 Punkten in Japan.

Tabelle 2:

Beschäftigungsgewicht des Produzierenden Gewerbes

- Anteile an der Gesamtbeschäftigung in Prozent -

	1970	1980	1990	1999
Kanada	30,9	28,8	24,9	22,7
USA	34,4	30,5	26,2	23,1
Japan	35,7	35,3	34,1	31,7
Deutschland	49,3	43,7	38,6	34,5
Frankreich	39,2	35,7	29,7	24,8
Italien	39,5	37,9	32,3	31,4
Spanien	35,5	36,0	33,4	30,8
Großbritannien	44,7	37,6	32,3	26,0

Quelle: OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Die Folge dieser Konstellation - Streikkonzentration und struktureller Beschäftigungsrückgang in der Industrie - ist ein Struktureffekt, der einen systematischen Rückgang der arbeitskampfbedingten Arbeitszeitverluste bewirkt.

Konjunkturreffekte Im zeitlichen Verlauf weist das Arbeitskampfvolumen in fast allen hier beobachteten Ländern von Jahr zu Jahr relativ starke Schwankungen auf. Dies lässt den Einfluss konjunktureller Momente vermuten. Die empirische Forschung kann jedoch nicht eindeutig klären, ob die Streikbereitschaft im Konjunkturaufschwung zu- oder abnimmt (Card, 1990, 410).

Einerseits steigen im Aufschwung wegen hoher Kapazitätsauslastung die Kosten streikbedingter Produktionsausfälle. Andererseits sinkt im Aufschwung das Arbeitsplatzrisiko. Der erste Faktor mindert das Arbeitskammerisiko, weil die Arbeitgeber konzessionsbereiter sind. Der zweite Faktor fördert es, weil die Gewerkschaften dem Beschäftigungsaspekt weniger Gewicht beimessen. In dieser Untersuchung werden von den konjunkturbeein-

flussenden Determinanten die Arbeitslosenrate und der Verbraucherpreisanstieg beobachtet.

Zum Einfluss der Arbeitslosigkeit liefern ökonometrische Untersuchungen widersprüchliche Befunde. Für das Verarbeitende Gewerbe der USA konnte Vroman (1989) nachweisen, dass die Streikaktivität um 2 bis 3 Prozent zurückgeht, wenn die Arbeitslosigkeit von Männern (im Alter von 25 bis 54 Jahren) um 1 Prozent steigt. Card (1990, 411) kommt für Kanada zu ähnlichen Befunden.

Nach Gärtner (1989, 67 ff.) nimmt dagegen in Westdeutschland das Arbeitskampfvolumen mit steigender Arbeitslosigkeit zu, und zwar umso mehr, je höher die Arbeitslosigkeit bereits ist. Dieses Ergebnis kann mit dem Streikmodell von Hicks (1963) untermauert werden. Nach ihm sind Streiks vor allem eine Folge unvollkommener Information: Bei Unterbeschäftigung wird die Konzessionsbereitschaft der Arbeitgeber von den Gewerkschaften überschätzt. Denn streikbedingte Produktionseinbußen können bei unterausgelasteten Produktionskapazitäten nach dem Arbeitskampf leicht wieder wettgemacht werden. Umgekehrt überschätzen aber auch die Arbeitgeber die Kompromissbereitschaft der Gewerkschaften. Diese haben angesichts der in Westdeutschland gewährten hohen Lohnersatzleistungen wenig Anreiz, bei konjunkturell steigender Arbeitslosigkeit zurückzustecken. Möglicherweise dienen Streiks im Abschwung aber auch dazu, die Erwartungen der Gewerkschaftsmitglieder über vertretbare und durchsetzbare Lohnsteigerungen zu reduzieren (Ashenfelter/Johnson, 1969).

Das empirische Gewicht der Studie von Gärtner (1989) wird dadurch relativiert, dass sie nur den Zeitraum 1952/83 abdeckt. Allerdings kommt eine aktuellere Untersuchung, die bis zum Jahr 1992 reicht, zu ähnlichen Ergebnissen (Runde, 1996, 110 ff.). Doch diese beiden Studien decken ebenso wenig die Entwicklung während der 90er-Jahre ab, wie die zitierten amerikanischen und kanadischen Untersuchungen. Gerade in den 90er-Jahren hat sich aber der internationale Wettbewerb erheblich intensiviert, und die Produktionsabläufe haben sich vor allem hinsichtlich Lagerhaltung und Fertigungstiefe grundlegend verändert. Dies hat zweifellos die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften beeinflusst. Es sind weniger kon-

junktuelle Momente, wie beispielsweise die Arbeitslosigkeit, die die Streikhäufigkeit beeinflussen, sondern eine durch moderne Unternehmensstrukturen erzwungene Konzessionsbereitschaft.

Inflationseinflüsse Es gibt bislang nur wenige empirische Studien, die die Inflation als erklärende Variable von Arbeitskämpfen berücksichtigen (Kennan, 1986, 1112 f.; Vroman, 1989, 821 f.). Das überrascht insofern, als aus theoretischer Sicht ein Zusammenhang zwischen Inflation und Streik durchaus plausibel ist (Kennan, 1986, 1123). Je höher die erwartete Inflationsrate, desto größer fallen die Lohnforderungen der auf Reallohnsicherung bedachten Gewerkschaften aus. Denn der Inflationsausgleich ist eine ganz entscheidende Determinante der gewerkschaftlichen Lohnforderungen (Institut der deutschen Wirtschaft, 2000, 8). Damit steigt mit der Inflationsrate das Konfliktpotenzial zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Denn Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, können nicht davon ausgehen, dass sie höhere Löhne in voller Höhe auf den Verbraucher abwälzen können. Ohnehin ist fraglich, ob Preissteigerungen durch höhere Löhne kompensiert werden sollen. Höhere Preise für importierte oder öffentliche Güter beziehungsweise ein Preisanstieg infolge höherer Umsatz- oder Verbrauchssteuern sind gezielte Umverteilungen zulasten von Unternehmen und Verbrauchern. Sie rechtfertigen keinen Lohnausgleich. Andernfalls würde eine Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt, an deren Ende unweigerlich eine Stabilisierungsrezession stünde.

Mit zunehmendem Preisanstieg nimmt aber auch die Unsicherheit bezüglich der erwarteten Inflationsraten zu. Wird die erwartete Inflation unterschätzt, kommt es zu nachträglichen Forderungen seitens der Gewerkschaften. Wird die zukünftige Inflation überschätzt, steigen die Reallöhne über das ökonomisch vertretbare Niveau hinaus mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung. Auch dies vergrößert das Konfliktpotenzial.

In sämtlichen hier beobachteten Ländern war der Inflationsdruck während der 90er-Jahre deutlich niedriger als in den beiden vorausgegangenen Dekaden. In den meisten Ländern ging er stetig zurück. Hier lag somit die Inflationsrate der 80er-Jahre unter der der 70er- und die der 90er- unter der der 80er-Jahre. Lediglich in drei Ländern war der Verlauf unstetig. Aber auch

hier war die Teuerung in den 90er-Jahren niedriger als zuvor, doch in den 80er-Jahren übertraf sie den Stand der 70er-Jahre (Tabelle 3).

Tabelle 3:

Inflationsrate

- Jahresdurchschnittliche Veränderung der Verbraucherpreise in Prozent-

	1970/79	1980/89	1990/99
Länder mit stetig sinkender Inflationsrate			
Portugal	18,3	17,6	6,0
Italien	12,3	11,2	4,2
Spanien	14,4	10,3	4,2
Großbritannien	12,6	7,4	3,7
Schweden	8,6	8,0	3,5
USA	7,1	5,6	3,0
Deutschland ¹⁾	4,9	2,9	2,6
Australien	9,8	8,4	2,5
Norwegen	8,4	8,3	2,5
Niederlande	7,0	2,9	2,5
Österreich	6,0	3,8	2,4
Irland	12,7	9,4	2,3
Schweiz	5,0	3,3	2,3
Kanada	7,4	6,5	2,2
Finnland	10,3	7,2	2,2
Belgien	7,1	4,9	2,2
Dänemark	9,3	6,9	2,1
Frankreich	8,9	7,4	1,9
Japan	9,0	2,5	1,2
Länder mit unstetigem Verlauf der Inflationsrate			
Griechenland	12,3	19,5	11,1
Island	29,4	39,2	4,3
Neuseeland	11,5	11,9	2,1

1) Bis 1992 Westdeutschland.

Quelle: OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Kombiniert man diesen Befund mit den aus Tabelle 1 *Weniger Inflation mindert Konfliktpotenzial* bekannten Ländergruppen, die durch stetig sinkende oder unstetig verlaufende Arbeitsvolumen gekennzeichnet sind, können vier Ländergruppen herausgefiltert werden (Übersicht 1):

- 14 Länder bestätigen die Hypothese, dass eine sinkende Inflationsrate dämpfend auf das Arbeitskampfvolumen wirkt. Neben anderen großen Industrieländern gehört auch Deutschland hierzu.

- Eine Gruppe von fünf Ländern zeigt aber, dass eine stetig sinkende Teuerung auch mit einem unstetigen Verlauf des Arbeitskampfvolumens verbunden sein kann. Hierzu zählen jedoch die traditionell streikarmen Länder Schweiz, Österreich und die Niederlande, in denen das niedrige Ausgangsniveau nur begrenzt sinkende Trendverläufe zulässt.
- Die übrigen beiden Ländergruppen weisen einen unstetigen Inflationsverlauf bei sinkendem (Griechenland, Island) oder unstetigem Arbeitskampfvolumen (Neuseeland) auf. Doch wenn man für diese Länder den Untersuchungszeitraum auf die beiden Teilperioden 80er- und 90er-Jahre verkürzt, bestätigt sich auch für sie, dass sinkende Teuerungsraten das Konfliktpotenzial zwischen den Tarifpartnern dämpfen.

Übersicht 1:

Beziehungsgeflecht zwischen Arbeitskampfvolumen und Inflationsrate

	Sinkendes Arbeitskampfvolumen	Unstetiges Arbeitskampf- volumen
Sinkende Inflationsrate	I; CDN; E; IRL; FIN; AUS; GB; USA; F; B; DK; JAP; D; P	S; N; NL; A; CH
Unstetige Inflationsrate	GR; ISL	NZL

Der Zusammenhang zwischen sinkender Inflation und rückläufigen Arbeitskampfvolumen wird durch ökonometrische Studien für das amerikanische Verarbeitende Gewerbe bestätigt (Kaufman, 1981; Vroman, 1989).

Politisch institutionelle Einflüsse Jenseits ökonomisch rationaler Hintergründe beeinflussen soziale oder politische Ziele die Streikbereitschaft der Gewerkschaften. Das trifft vor allem für große Arbeitskonflikte zu (Salowsky, 1989, D-21 f.). Hierfür gibt es eine Reihe von Beispielen:

- **Großbritannien:** Im „Winter des Unmuts“ (1978/79) gingen durch andauernde Proteste auf 1.000 Arbeitnehmer gerechnet fast 1.300 Arbeitstage verloren. Mit diesen Streiks reagierten die Gewerkschaften auf den in den 70er-Jahren beschleunigten wirtschaftlichen Niedergang

Großbritanniens. Ebenso viele Streikausfälle gab es 1984 durch einen fast ein Jahr dauernden Bergarbeiterstreik, der sich gegen die von der nationalen Kohlebehörde angestrebte Schließung unrentabler staatlicher Zechen richtete.

- **Deutschland:** 1984 lag das Arbeitskampfvolumen mit 246 Arbeitstagen je 1.000 Beschäftigte deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Grund war der von der IG-Metall geforderte Einstieg in die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.
- **Frankreich:** 1995 fielen auf 1.000 Beschäftigte 308 Arbeitstage einem politischen Streik zum Opfer. Dies war der größte Arbeitskampf seit 1968. Anlass waren Bestrebungen der französischen Regierung, die Sozialversicherungssysteme zu reformieren und die hoch verschuldete staatliche Eisenbahngesellschaft zu sanieren.
- **Dänemark:** 1998 kostete ein zehntägiger Generalstreik mehr als 1.300 Arbeitstage je 1.000 Beschäftigte. Mit ihm sollte die Forderung nach einer bezahlten sechsten Urlaubswoche durchgesetzt werden. Er wurde durch staatliche Zwangsschlichtung beendet.

Unter den politisch-institutionellen Einflussfaktoren hat die gewerkschaftliche Schlagkraft besondere Bedeutung (Aligisakis, 1997, 92). Nach Hicks (1963) können Streiks nämlich auch deshalb entstehen, weil die Gewerkschaften ihre Durchsetzungsmacht beweisen wollen. Aktuelle Beispiele stützen diese These. Die Pilotenvereinigung Cockpit und die neue Dienstleistungsgesellschaft Verdi haben 2001 erstmals eigene Tarifverhandlungen geführt. Mit Streiks und Warnstreiks wollten sie ihre Macht demonstrieren.

Die Schlagkraft der Gewerkschaften wird üblicherweise mit Hilfe des gewerkschaftlichen Organisationsgrads, also mit dem Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an den abhängig Beschäftigten, gemessen. Tabelle 4 trennt zwei Ländergruppen:

Gewerkschaftlicher Organisationsgrad

- In 15 Ländern ist der Organisationsgrad gesunken. In dieser Gruppe befindet sich auch Deutschland. Doch hier fiel der Rückgang zwischen der ersten und der dritten Teilperiode, bedingt durch die Wiedervereinigung, mit 2 Prozentpunkten so gering aus wie in keinem anderen hier be-

obachteten Land. In Portugal machte der Rückgang etwa 30 Punkte aus, in Spanien und Neuseeland jeweils 17 Punkte und in den USA sowie in Japan immerhin rund 10 Punkte.

- In sieben Ländern ist der Organisationsgrad gestiegen, am stärksten in Finnland (14 Punkte), am schwächsten in Norwegen und Kanada (3 Punkte).

Tabelle 4:

Gewerkschaftlicher Organisationsgrad

- Gewerkschaftsmitglieder in Prozent der abhängig Beschäftigten -

	1970/79	1980/89	1990/99
Länder mit sinkendem Organisationsgrad			
Italien	44	43	37
Spanien	28	17	11
Irland	55	54	47
Australien	54	51	38
Großbritannien	48	45	34
USA	23	19	15
Frankreich	21	14	9
Japan	34	28	24
Deutschland ¹⁾	35	35	33
Griechenland	36	35	30
Portugal	57	48	29
Neuseeland	50	48	33
Niederlande	37	30	26
Österreich	57	50	42
Schweiz	31	29	24
Länder mit steigendem Organisationsgrad			
Island	68	75	81
Kanada	34	36	37
Finnland	63	70	77
Belgien	52	54	57
Dänemark	68	75	79
Schweden	74	82	84
Norwegen	54	56	57

1) Bis 1992 Westdeutschland.

Quelle: EIRO; ILO; OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Kombiniert man diese beiden Ländergruppen mit den aus Tabelle 1 abgeleiteten Ländergruppen, ergibt sich folgendes Beziehungsgeflecht (Übersicht 2):

Übersicht 2:

Beziehungsgeflecht zwischen Arbeitskampfvolumen und gewerkschaftlichem Organisationsgrad

	Sinkendes Arbeitskampfvolumen	Unstetiges Arbeitskampfvolumen
Sinkender Organisationsgrad	I; E; IRL; AUS; GB; USA; F; JAP; D; GR; P	NZL; NL; A; CH
Steigender Organisationsgrad	ISL; CDN; FIN; B; DK	S; N

- Der plausible Zusammenhang zwischen sinkendem Organisationsgrad und rückläufigem Arbeitskampfvolumen wird von elf, also der Hälfte der beobachteten Länder bestätigt.
- In vier Ländern hat sich das Arbeitskampfvolumen bei sinkendem Organisationsgrad unstetig entwickelt. Doch hierunter finden sich die drei Länder (Schweiz, Österreich, Niederlande), in denen wegen traditionell niedrigem Streikniveau keine eindeutigen Tendaussagen möglich sind. Für Neuseeland trifft für den verkürzten Beobachtungszeitraum 1980/99 ebenfalls der Zusammenhang sinkender Organisationsgrad und rückläufiges Streikvolumen zu.
- In fünf Ländern fällt allerdings ein sinkendes Arbeitskampfvolumen mit einem steigenden Organisationsgrad zusammen.
- In Schweden und Norwegen gab es bei steigenden Mitgliederzahlen ein unstetig tendierendes, am aktuellen Rand allerdings auch sinkendes Arbeitskampfvolumen.

Die Bedeutung des Organisationsgrads wird aber auch dadurch relativiert, dass eine gut organisierte Gewerkschaft ihre Kampfkraft nicht voll ausspielen kann, wenn der Staat, wie in Dänemark, durch Zwangsschlichtungen die

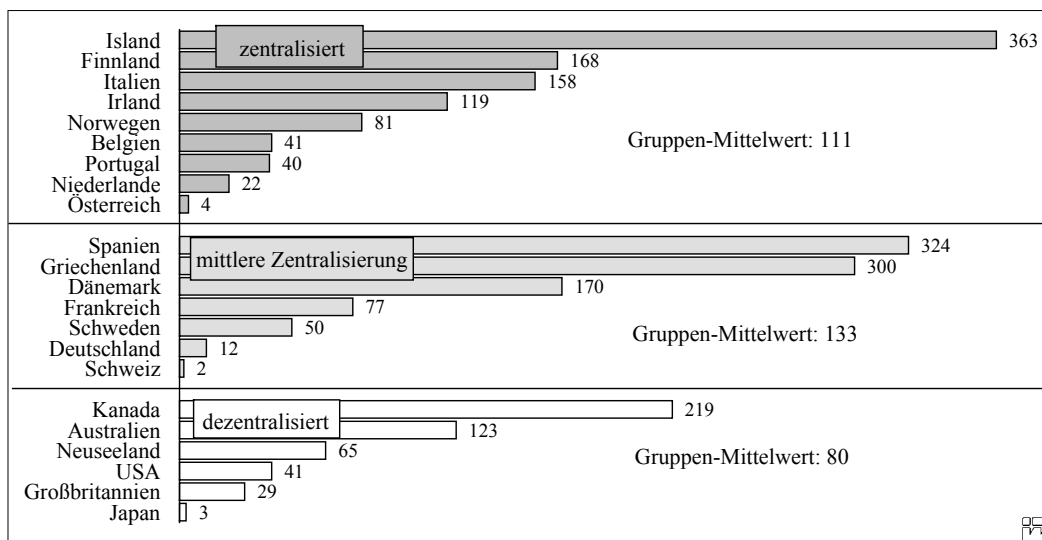
Einfluss der Lohnfindungssysteme

Tarifautonomie beschneidet oder wenn die Gewerkschaften in nationale Sozialpakete eingebunden werden. Daher sollte der Organisationsgrad im Zusammenhang mit der institutionellen Ausgestaltung des Lohnfindungssystems bewertet werden. Schnabel (1993) stellt in einer empirischen Untersuchung fest, dass in korporatistischen Ländern im Zeitraum 1970/90 durch Arbeitskämpfe deutlich weniger Arbeitstage verloren gingen als in anderen Ländern.

Schaubild 5:

Arbeitskampfvolumen 1990/99 und Zentralisierungsgrad der Tarifverhandlungen

- Durch Arbeitskämpfe verlorene Arbeitstage je 1.000 Beschäftigte, Jahresdurchschnitte -



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

In den 90er-Jahren ist dies offenbar nicht mehr so. Nimmt man in Schaubild 5 zunächst nur die Gruppenmittelwerte in den Blick, schneiden Länder mit zentralisierten Tarifverhandlungen (Sozialpakete) hinsichtlich der Streikhäufigkeit schlechter ab als die Länder mit dezentralen Lohnfindungssystemen (Firmentarife). Am ungünstigsten sind die Werte in Ländern mit mittlerer Zentralisierung (Branchentarife).

Betrachtet man die Länder im Einzelnen, öffnet sich in allen drei Ländergruppen ein beträchtliches Gefälle. In jedem der drei Lohnfindungssysteme gibt es Länder mit großen und mit geringen Streikausfällen.

In Finnland und Italien konnten allerdings korporatistische Abkommen die traditionell konfliktreichen Arbeitsbeziehungen entspannen (Italien: tripartistisches Abkommen von 1993; Finnland: 2. Sozialpakt von 1995). Dies zeigt die in beiden Ländern neuerdings rückläufige Streikhäufigkeit. Spanien und Portugal liefern indes Gegenbeispiele. Der Abschluss von Sozialpakten beziehungsweise der Versuch, Sozialpakete abzuschließen (Spanien), hat hier die Streikhäufigkeit nicht verändert (Portugal) oder sogar vermehrt.

Die vergleichsweise gute Arbeitskampfperformance der Länder mit dezentralisierten Tarifverhandlungen ist teilweise auch auf flankierende institutionelle Reformen zurückzuführen:

- In Großbritannien wurden in den 80er-Jahren Gesetze erlassen, die die Streikbereitschaft der Gewerkschaften erheblich gedrückt haben. Der 1980 erlassene Employment Act lässt das Aufstellen von Streikposten nur im eigenen Betrieb zu. Er untersagt Sympathie- und Solidaritätsstreiks und hebt die gewerkschaftliche Immunität bei Gesetzesverstößen auf. Das „Closed-shop“-System wurde mit diesem Gesetz aufgebrochen. Bis 1998 wurden dann im Zwei-Jahres-Rhythmus weitere Gesetze erlassen, die die Gewerkschaftsmacht schrittweise weiter eingedämmt haben (Fröhlich/Schnabel, 1990, 183 ff.).
- In Neuseeland wurde durch den Employment Contracts Act von 1991 eine Reihe von Gewerkschaftsprivilegien aufgehoben. Beispielsweise wurde die Zwangsmitgliedschaft beseitigt und eine Wahlfreiheit für alle Arbeitnehmer eingeführt, gemäß der sie ihre Arbeitsbedingungen individuell oder kollektiv aushandeln können. Entscheidungen über Streiks dürfen seitdem nur noch auf Firmenebene gefällt werden. Streiks zur Durchsetzung von firmenübergreifenden Tarifverträgen sind unzulässig. Schließlich wurde eine Friedenspflicht während der Laufzeit kollektiver Vereinbarungen vorgeschrieben (Botzenhardt/Rösner, 1997, 567 f.).

Länderspezifische Einflussfaktoren können also die Arbeitsbeziehungen und Arbeitskampfaktivitäten erheblich beeinflussen, und zwar unabhängig vom Organisations- oder Zentralisierungsgrad. Dies zeigt auch das Beispiel Schweiz. Dort schlossen Gewerkschaften und Arbeitgeber der Maschinen-

und Elektroindustrie 1937 ein „Friedensabkommen“. Diese Vereinbarung schloss jegliche Kampfmaßnahmen aus und regelte Konflikte zwischen den Tarifparteien nach dem Prinzip „Treu und Glauben“. Da die Vereinbarung immer wieder verlängert und von vielen anderen Wirtschaftszweigen übernommen worden ist, unterlagen Ende der 80er-Jahre schätzungsweise 80 Prozent und Ende der 90er-Jahre 75 Prozent der schweizerischen Arbeitnehmer der absoluten Friedenspflicht (Salowsky, 1989, D-17; Schnabel, 1999, 33).

Fazit Insgesamt ergibt sich ein vielschichtiges Ursachengeflecht zwischen Strukturwandel, Inflationsrückgang und Gewerkschaftsmacht. Der generelle Rückgang der Arbeitskämpfe, wie er sich in den sinkenden streikbedingten Arbeitszeitverlusten widerspiegelt, darf weder „überinterpretiert noch extrapoliert“ werden (Schnabel, 1998, 19). Denn es sollte nicht übersehen werden, dass die Zahl der Arbeitstage, die ein Arbeitnehmer in einen Streik „investierte“ (Streikentschlossenheit), im Durchschnitt der beobachteten Länder am Ende der 90er-Jahre nicht niedriger war als am Ende der 70er-Jahre.

Das mag damit zusammenhängen, dass sich das allgemeine „Makroklima“ vor allem während der 90er-Jahre in eine Richtung verschoben hat, die prinzipiell die Unzufriedenheit einiger Beschäftigungsgruppen vermehrt und insofern die Streikanfälligkeit gefördert hat. Hier sind vor allem der wachsende internationale Wettbewerbsdruck, die strukturell verfestigte Arbeitslosigkeit und der Konsolidierungszwang der öffentlichen Hand zu nennen. Die Wettbewerbsintensivierung hat den Kostendruck verschärft und den Spielraum für Lohnerhöhungen verengt. Gleichzeitig hat die neue internationale Arbeitsteilung einen Strukturwandel angestoßen, der die Beschäftigungsstruktur stark verändert hat: von den industriellen Arbeitsplätzen hin zu Dienstleistungsjobs, von einfacher Arbeit hin zu hoch qualifizierten Berufen. Da es in vielen Ländern gar nicht oder erst spät gelungen ist, den Verlust an einfachen Arbeitsplätzen in der Industrie durch vermehrte Dienstleistungsjobs aufzufangen, hat sich die Arbeitslosigkeit verfestigt. Gleichzeitig wurden Sozialleistungen gekürzt, weil die öffentliche Hand ihre Haushalte konsolidieren musste. Dies alles hat dazu geführt, dass bestimmte Beschäftigtengruppen alte Besitzstände mehr und mehr aufgeben mussten.

Somit ist die Frage, ob sich eine neue Kultur der Sozialpartnerschaft entwickelt hat, nur schwer zu beantworten. Zum einen ist im Blick zu halten, dass das Gewerkschaftsverhalten in vielen Ländern durch Sozialpakete oder rechtlich institutionelle Regulierungen kanalisiert worden ist. Hierbei spielt die Moderatorenrolle des Staats eine wesentliche Rolle. Diese Strategie kann nur so lange fortgeführt werden, wie die für korporatistische Lösungen entscheidende Balance des gegenseitigen Gebens und Nehmens gewahrt bleibt. Zum anderen kann aus dem Befund, dass der geringere Inflationsdruck die Verteilungskonflikte entschärft hat, nicht unbedingt geschlossen werden, die Tarifverhandlungen würden in Zukunft weniger ideologisch belastet. Möglicherweise aber verlagert sich der Schwerpunkt der Arbeitskämpfe von reinen Lohnstreiks zu grundsätzlicheren Fragen, wie beispielsweise Arbeitszeitverkürzungen (Müller-Jentsch, 1994, 69 f.). Der allgemein gestiegene Lebensstandard stützt diese Vermutung.

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass gewerkschaftliche Forderungen heutzutage mit einem geringeren Arbeitskampfvolumen durchgesetzt werden können als früher (Döring, 2001, 1432). Denn die Gewerkschaften haben die Störanfälligkeit pufferloser, arbeitsteiliger Produktionsprozesse längst erkannt. Während früher mehrere zehntausend Metaller streiken mussten, um die Automobilindustrie empfindlich zu stören, genügt heute ein Schwerpunktstreik von wenigen hundert Beschäftigten bei einem wichtigen Zulieferer. Diese Entwicklung kann aber keinesfalls als Entideologisierung der Tarifpolitik interpretiert werden. Vielmehr ist zu befürchten, dass der soziale Friede durch eine zu große Konzessionsbereitschaft von Seiten der Unternehmen teuer erkaufte wird.

August 2001

Hagen Lesch

Literatur:

Aligisakis, Maximos, 1997, Labour disputes in western Europe: Typology and tendencies, in: *International Labour Review*, Vol. 136, Nr. 1, S. 73 - 94.

Ashenfelter, Orley und George E. Johnson, 1969, Bargaining Theory, Trade Unions, and Industrial Strike Activity, in: *The American Economic Review*, Vol. 59, S. 35 - 49.

- Botzenhardt, Friederike und Hans Jürgen Rösner, 1997, Dezentralisierung von Tarifverhandlungen: Ist das Beispiel Neuseeland übertragbar?, in: Wirtschaftsdienst, 77. Jg., Heft 10, S. 564 - 572.
- Card, David, 1990, Strikes and Bargaining: A Survey of the Recent Empirical Literature, in: The American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 80, S. 410 - 415.
- Davies, Jackie, 2001, International comparisons of labour disputes in 1999, in: Labour Market Trends, Vol. 109, Nr. 4, S. 195 - 201.
- Döring, Ulrich, 2001, Zur Konfliktfähigkeit deutscher Großunternehmen bei Tarifauseinandersetzungen, in: Der Betrieb, 54. Jg., Heft 27/28, S. 1430 - 1438.
- Fröhlich, Hans Peter und Claus Schnabel, 1990, Das Thatcher-Jahrzehnt: eine wirtschaftspolitische Bilanz, Köln.
- Gärtner, Manfred, 1989, Arbeitskonflikte in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin u.a.
- Hicks, John R., 1963, The Theory of Wages, 2. Aufl, London.
- Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), 2000, Gewerkschaften müssen umdenken, in: iwd, 26. Jg., Nr. 45, S. 8.
- International Labour Organisation (ILO), 1993, Sources and Methods, Vol. 7, Strikes and Lockouts, Genf.
- Kaufman, Bruce E., 1981, Bargaining Theory, Inflation, and Cyclical Strike Activity in Manufacturing, in: Industrial and Labor Relations Review, Vol. 34, Nr. 3, S. 333 - 355.
- Kennan, John, 1986, The Economics of Strikes, in: Orley Ashenfelter und Richard Layard (Hrsg.), Handbook of Labour Economics, Vol. 2, Amsterdam, S. 1091 - 1137.
- Müller-Jentsch, Walter, 1994, Chancen der Modernisierung ergreifen, in: Wieland Stützel (Hrsg.): Streik im Strukturwandel, Münster, S. 65 - 72.
- Runde, Thorsten, 1996, Arbeitskämpfungsfaktivitaten im Verarbeitenden Gewerbe der Bundesrepublik Deutschland, Münster.
- Salowsky, Heinz, 1989, Arbeitskämpfe im internationalen Vergleich, in: iw-trends, 16. Jg., Heft 4, S. D-12 - D-22.
- Schnabel, Claus, 1993, Korporatismus, zentralisierte Tarifverhandlungen und makroökonomische Performance, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 42. Jg., Heft 3, S. 259 - 272.
- Schnabel, Claus, 1995, Arbeitskämpfe im internationalen Vergleich, in: iw-trends, 22. Jg., Heft 1, S. 43 - 56.
- Schnabel, Claus, 1998, Arbeitskämpfe im internationalen Vergleich 1970/96, in: iw-trends, 25. Jg., Heft 1, S. 5 - 20.
- Schnabel, Claus, 1999, Arbeitskampf-Volumen geht zurück: Ein internationaler Vergleich von 1970 bis 1997, in: iw-gewerkschaftsreport, 33. Jg., Heft 1, S. 30 - 38.
- Vroman, Susan, 1989, A Longitudinal Analysis of Strike Activity in U.S. Manufacturing: 1957-1984, in: The American Economic Review, Vol. 79, S. 816 - 826.

International Comparison of Labour Disputes: Trends and Influences

During the last three decades the industrialised economies *iw-focus* have been affected by labour disputes quite differently. A comparison of 22 OECD countries shows that strike activity - measured in terms of the number of lost working days per 1,000 employees due to strikes and lock-outs - was high in Island, Italy, Spain, Greece and Canada and low in Switzerland, Austria, the Netherlands and Germany and that it generally declined in most countries. This trend can partly be explained by shrinking employment in strike-prone industries like mining or manufacturing, successful inflation policies and decreasing union membership. Lower strike activity has not meant, however, that workers were less determined to strike. The number of working days „invested“ in labour disputes is still as high as it was twenty years ago.